

3. Abgaben

3.6 Satzung der Gemeinde Rellingen über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

(Stand: April 2004)

Fassung	Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung			Inkrafttreten
	Datum	TOP	Stimmenverhältnis	
Ursprungsfassung	24.11.2003	7	einstimmig	08.04.2004

Satzung der Gemeinde Rellingen über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Aufgrund von § 135 c Baugesetzbuch i. d. F. der Neufassung des Baugesetzbuchs vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141) und von § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Neufassung vom 28.02.2003 (GVObI. Schl.-Holst. S. 58) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Rellingen in der Sitzung am 24.11.2003 folgende Satzung beschlossen :

§ 1

Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen

Kostenerstattungsbeträge für die Durchführung von zugeordneten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden nach den Bestimmungen des Baugesetzbuches (BauGB) und dieser Satzung erhoben.

§ 2

Umfang der erstattungsfähigen Kosten

- (1) Erstattungsfähig sind die Kosten für die Durchführung von allen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die nach § 9 Abs. 1 a BauGB zugeordnet sind.
- (2) Die Durchführungskosten umfassen die Kosten für
 1. den Erwerb und die Freilegung der Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen,
 2. die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einschließlich ihrer Planung, Fertigstellungs- und Entwicklungspflege.Dazu gehört auch der Wert der von der Gemeinde aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen im Zeitpunkt der Bereitstellung.
- (3) Die Ausgestaltung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen einschließlich deren Durchführungsdauer ergibt sich aus den Festsetzungen des Bebauungsplans in Verbindung mit den in der Anlage dargestellten Grundsätzen. Der Bebauungsplan kann im Einzelfall von den in der Anlage beschriebenen Grundsätzen Abweichungen vorsehen. Dies gilt entsprechend für Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB.

§ 3**Ermittlung der erstattungsfähigen Kosten**

Die erstattungsfähigen Kosten werden nach den tatsächlichen Kosten ermittelt.

§ 4**Verteilung der erstattungsfähigen Kosten**

Die nach §§ 2 und 3 erstattungsfähigen Kosten werden auf die nach § 9 Abs. 1 a BauGB zugeordneten Grundstücke nach Maßgabe der zulässigen Grundfläche (§ 19 Abs. 2 BauNVO)

verteilt. Ist keine zulässige Grundfläche festgesetzt, wird die überbaubare Grundstücksfläche zugrunde gelegt. Für sonstige selbständige versiegelbare Flächen gilt die versiegelbare Fläche als überbaubare Grundstücksfläche.

§ 5**Anforderung von Vorauszahlungen**

Die Gemeinde kann für Grundstücke, für die eine Kostenerstattungspflicht noch nicht oder in vollem Umfang entstanden ist, Vorauszahlungen bis zur Höhe des voraussichtlichen Kostenerstattungsbetrages anfordern, sobald die Grundstücke, auf denen Eingriffe zu erwarten sind, baulich oder gewerblich genutzt werden dürfen.

§ 6**Fälligkeit des Kostenerstattungsbetrages**

Der Kostenerstattungsbetrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 7**Ablösung**

Der Kostenerstattungsbetrag kann auf Antrag abgelöst werden. Der Ablösebetrag bemisst sich nach der voraussichtlichen Höhe des zu erwartenden endgültigen Erstattungsbetrages.

§ 8**Datenschutzbestimmungen**

Die Gemeinde Rellingen wird im Rahmen der Berechnung und Anforderung von Kostenerstattungsbeträgen nach dieser Satzung personenbezogene Daten, wie Grundstücksbezeichnungen, Grundbuchbezeichnungen, Grundstücksgrößen, Maße und Bebauungen, Eigentümerverhältnisse und Anschriften von Eigentümern nutzen und verarbeiten.

Die entsprechenden Daten werden erhoben aus Unterlagen, wie Liegenschaftsbüchern, Grundbüchern, Grundsteuerdateien, Meldedatei und Bauakten. Die Daten können wiederum ganz oder teilweise zu eigenen Dateien zusammengefasst werden.

Die Daten können durch Dritte, wie andere Kostenerstattungspflichtige oder ihre Beauftragten, im Rahmen des Anforderungsverfahrens eingesehen werden.

**Anlage zu § 2 Abs. 3
der Satzung der Gemeinde Rellingen über
die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen
für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen**

1.0 Grundsätze für die Ausgestaltung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen

Die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollen der Herstellung oder ökologischen Aufwertung von öffentlichen und privaten Grünflächen sowie sonstigen Flächen – und hier zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes dienen –, insbesondere

- als Lebensräume (Biotop) der wild lebenden Tiere und Pflanzen
- Vernetzungen der Biotope
- zur Verbesserung der Luftqualität des Luftaustausches und des örtlichen Klimas
- zur Verbesserung der natürlichen Bodenfunktion
- zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushaltes
- zur Sicherung von Flächen zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- zur landschaftsgerechten Wiederherstellung und Neugestaltung des Orts- und Landschaftsbildes.

2.0 Mögliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (einschließlich Dauer der Herstellungs- und Entwicklungspflege)

2.1 Anpflanzung / Aussaat von standorteinheimischen Gehölzen, Kräutern und Gräsern

2.1.1 Anpflanzung von Einzelbäumen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Herstellen der Vegetationstragschicht nach DIN 18915 und der Pflanzgrube gem. DIN 18916
- Anpflanzung von Hochstammbäumen mit einem Stammumfang der Sortierung 18/20
- Verankerung der Bäume und Schutz vor Beschädigungen sowie Sicherung der Baumscheibe
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 4 Jahre

2.1.2 Anpflanzung von Gehölzen, Knicks, freiwachsenden Hecken und Waldmänteln

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Verwendung standortgerechter, landschaftstypischer Arten
- Anpflanzung von
 - Bäumen I : Ordnung mit einem Stammumfang der Sortierung 18/20,
 - Bäumen II : Ordnung mit einem Stammumfang der Sortierung 16/18, Heistern 150/175 hoch und zweimal verpflanzten Sträuchern, je nach Art in der Sortierung 60/80, 80/100 oder 100/150 hoch
- Je 100 qm höchstens je 1 Baum I. Ordnung, 2 Bäume II. Ordnung, 5 Heister und mindestens 40 Sträucher
- Verankerung der Gehölze und Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 3 Jahre

2.1.3 Anlage standortgerechter Wälder

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Aufforstung mit standortgerechten, landschaftstypischen Arten
- 3500 Stück je ha, Pflanzen 3 – 5 –jährig, Höhe 80 – 120 cm
- Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 5 Jahre

2.1.4 Schaffung von Streuobstwiesen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Anpflanzung von Obstbaumhochstämmen und Befestigung der Bäume
- je 100 qm ein Obstbaum der Sortierung 10/12
- Einsaat Gras- / Kräutermischung
- Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 5 Jahre

2.1.5 Anlage von naturnahen Wiesen und Krautsäumen

- Schaffung günstiger Wachstumsbedingungen durch Bodenvorbereitung nach DIN 18915
- Einsaat von Wiesengräsern und –kräutern, möglichst aus autochthonem Saatgut
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 3 Jahre

2.2 Schaffung und Renaturierung von Wasserflächen

2.2.1 Herstellung von Stillgewässern

- Aushub und Einbau bzw. Abfuhr des anstehenden Bodens
- ggf. Abdichtung des Untergrundes
- Anpflanzung standortheimischer Pflanzen
- ggf. Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 3 Jahre

2.2.2 Renaturierung von Still- und Fließgewässern

- Offenlegung und Rückstau von technischen Ufer- und Sohlbefestigungen
- Gestaltung der Ufer und Einbau natürlicher Baustoffe unter Berücksichtigung ingenieurbioologischer Vorgaben
- Anpflanzung standortheimischer Pflanzen
- Entschlammung
- ggf. Erstellung von Schutzeinrichtungen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 3 Jahre

2.3 Begrünung von baulichen Anlagen

2.3.1 Fassadenbegrünung

- Anpflanzung von selbstklimmenden Pflanzen
- Anbringung von Kletterhilfen und Pflanzung von Schling- und Kletterpflanzen
- eine Pflanze je 2 lfdm
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 2 Jahre

2.3.2 Dachbegrünung

- intensive Begrünung von Dachflächen
- extensive Begrünung von Dachflächen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 3 Jahre

2.4 Entsiegelung und Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung

2.4.1 Entsiegelung befestigter Flächen

- Ausbau und Abfuhr wasserundurchlässiger Beläge
- Aufreißen wasserundurchlässiger Unterbauschichten
- Einbau wasserundurchlässiger Deckschichten
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 1 Jahr

2.4.2 Maßnahmen zur Grundwasseranreicherung

- Schaffung von Gräben und Mulden zur Regenwasserversickerung
- Rückbau / Anstau von Entwässerungsgräben, Verschließen von Dränagen
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 1 Jahr

2.5 Maßnahmen zur Extensivierung

2.5.1 Umwandlung von Acker bzw. intensivem Grünland in Acker- und Grünlandbrache

- Nutzungsaufgabe
- ggf. Entfernung alter Zaundrähte
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 1 Jahr

2.5.2 Umwandlung von Acker in Ruderalflur

- ggf. Abtragen und Abtransport des Oberbodens
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 1 Jahr

2.5.3 Umwandlung von Acker in extensiv genutztes Grünland

- Bodenvorbereitung ggf. Abtragen und Abtransport des Oberbodens
- Einsaat von Wiesengräsern und Kräutern
- ggf. Erstellung eines Weidezauns
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 5 Jahre

2.5.4 Umwandlung von intensivem Grünland in extensiv genutztes Grünland

- Nutzungsreduzierung: keine Düngung, keine Pflanzenbehandlungsmittel
- Aushagerung durch Mahd und Abtransport des Mähguts oder durch Beweidung

- bei Feuchtgrünland Rückstau von Entwässerungsmaßnahmen
- ggf. Erstellung eines Weidezauns
- Fertigstellungs- und Entwicklungspflege : 5 Jahre

Die Nutzung und Verarbeitung der Daten erfolgt unter Beachtung der Vorschriften des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz – LDSG –) vom 9. Februar 2000 (GVOBl. Schl.-Holst. 2000, S. 169, zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2003 (GVOBl. Schl.-Holst. 2003, S. 280).

§ 9

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Rellingen, den 02.03.2004

Gemeinde Rellingen
Der Bürgermeister
gez. Diercks

Die Bekanntmachung der Satzung erfolgte am 7. April 2004 im Pinneberger Tageblatt.